

Die Woche Blick

Neues CSU-Modell für Gesundheitsreform:
Vorschläge zur Versicherungspflicht abgelehnt 2

Aktionsprogramm des FVDZ Bayern:
KZV-Einfluss reduzieren – Zwangsmitgliedschaft aufbrechen 3

Was Zahnärzten verweigert wird, erreichen Rechtsanwält:
Anwaltsvergütungen sollen deutlich steigen 4

Zahnmedizin

Behandlungsdokumentation:
Hoher Zeit-, Arbeits- und Kostenaufwand unvermeidbar 10/11

Transportabler Motor für implantologische Eingriffe:
Auch für den Einsatz „außer Haus“ 12/13

Praxis aktuell

Erfolgreiches Praxismanagement (2):
Es lebe die Kostenerstattung 17

Entspannen mit Mozart:
Musik beeinflusst Kreislauf, Puls, Atmung 19

Selbstbestimmungsrecht der Patienten beachten:
Patientenkartei-Verkauf nur an „Juniorpartner“ 20

Leserforum 20

VdAK-Chef sprach auf Frühjahrstagung der DAZ und der VDZM in Frankfurt:

Rebscher unterbreitet Zahnärzten Angebot zum Neuanfang

Bei der traditionellen Frühjahrstagung des Deutschen Arbeitskreises für Zahnheilkunde (DAZ) und der Vereinigung Demokratische Zahnmedizin (VDZM) am 4. Mai 2002 in Frankfurt prophezeite der Vorsitzende des Verbands der Angestellten-Krankenkassen (VdAK), Herbert Rebscher, dass die jetzigen Strukturen in den zentralen

so Rebscher, würden sich selbst bei einem möglichen Regierungswechsel nicht erfüllen.

■ Sachleistungssystem

Der VdAK-Chef gab sich überzeugt, dass sich auch unter veränderten Machtverhältnissen keine politische Mehrheit beispielsweise für die Abschaffung des



Herbert Rebscher, Vorsitzender des VdAK (rechts), und Dr. Roland Ernst, Edewecht, Stellvertretender DAZ-Vorsitzender.

Bereichen des Gesundheitswesens auch über die Bundestagswahl am 22. September dieses Jahres hinaus Bestand haben würden. „Zahnärztliche Blühträume bezüglich einer weitreichenden Systemveränderung“,

Sachleistungssystem finden werde. Vor diesem Hintergrund sollten sich die Zahnärzte lieber auf die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Selbstverwaltung besinnen. Hier läge die (Fortsetzung auf Seite 4)

KZBV unterschreibt mit Ärzten und Krankenkassen zur Einführung zum Einstieg in „elektronische Gesundheitska

Zahnbehandlungen auf elektronischem Gesundheitspass vorerst nicht ges

Der jahrelang von den Spitzenorganisationen der Zahnärzteschaft verweigerte Einstieg in die Entwicklung eines gemeinsamen elektronischen Gesundheitspasses wird nun mit einer gemeinsamen Rahmenvereinbarung des Gesundheitsministeriums, der Kassenzahnärztlichen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KZBV/KBV) und den Krankenkassen möglich.

Dieser Gesundheitspass ist eine Erweiterung der bisherigen Versichertenkarte; auf ihm sollen neben persönlichen Daten auch alle diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen eines GKV-versicherten Patienten gespeichert werden. „Als Einstieg“ werden, so heißt es in der Rahmenvereinbarung, das „E-Rezept, der E-Arztbrief und die Arzneimitteldokumentation in die elektronische Patientenakte auf der Grundlage einer geeigneten Informations-, Kommunikations- und Sicherheitsinfrastruktur eingeführt“.

■ „Durchbruch für die Telematik“

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt begrüßte die „gemeinsame Erklärung der Spitzenorganisationen von Ärzten, Zahn-

ärzten, Apothekern und Krankenkassen zum Einsatz der Telematik im Gesundheitswesen als entscheidenden Durchbruch beim „Auf- und Ausbau der Telematik in Deutschland“. So habe sich bei allen Partner des Gesundheitswesens die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur ein „koordiniertes Vorgehen geeignet ist, einen Mehrwert für das Gesundheitssystem zu schaffen“.

In der gemeinsamen Erklärung wird betont, dass mit der elektronischen Gesundheitskarte „Informationen besser verfügbar gemacht und Kommunikationsprozesse zwischen Ärzten oder Zahnärzten untereinander wie auch mit den Patienten und den Krankenkassen erleichtert“ werden. Damit könne die Qualität der medizinischen Versorgung verbessert werden. „Administrative Vorgänge werden erleichtert und

Leipziger Zahnärzte entwickeln neues Verfahren zur Krebserkennung:

Ein einfaches und preiswertes Abstrichverfahren statt Operation

Ein neues Verfahren zur Früherkennung von Tumoren des Mund-Rachen-Raums hat eine Arbeitsgruppe um den Leipziger Arzt Dr. Thorsten Remmerbach, Klinik für Mund-, Kiefer-, Gesichts- und plastische Chirurgie der Universität Leipzig, entwickelt. Dabei handelt es sich um ein einfaches Ausstrichverfahren, das operative Eingriffe bei der Probentnahme ersetzt.

Das Verfahren – das im vergangenen Jahr mit dem gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) und Colgate verliehenen Colgate-Forschungspreis

für Zahnmedizin ausgezeichnet wurde – könne besonders gut von Zahnärzten angewandt werden. Bei richtiger Handhabung sei es ein sicheres Mittel zur Erkennung bösartiger Tumore.

Jährlich erkranken den Angaben der Leipziger Forschergruppe zufolge etwa 3.000 bis 4.000 Menschen in der Bundesrepublik an bösartigen Tumoren des Mund-Rachen-Raums. Etwa die Hälfte von ihnen sterben in den ersten fünf Jahren nach der Erkrankung. Da sich diese Krebsarten kaum durch Schmerzen bemerkbar machen, gehen die Betroffenen erst zum Arzt, wenn sich die Geschwulst schon weit (Fortsetzung auf Seite 4)

Lesen Sie in der Ausgabe des

- Neues von Implantatensystemen, aus der Prothetik, zur Knochen- und Weichgewebsregeneration
- Zur Sache: Implantate auf Kasse oder Zuschuss?
- Nachrichten aus Berufspod Fachgesellschaften
- Computergestützte Implantat ein ausgereiftes System in Anwendung
- Drei Jahre Erfahrung mit plasma in der Praxis